bericht aus berlin

20.11.2006

Beitrag

Bericht aus Berlin 19.11.2006

Ende der Stasiaufarbeitung? Der Streit um das Unterlagengesetz

Wer zu DDR-Zeiten der Stasi ausgeliefert war, in ihren Knästen gesessen und gelitten hat, wird kaum verstehen, dass mit der so genannten Stasiüberprüfung bald Schluss sein soll. Aber nicht nur für die Opfer, auch für uns alle ist es wichtig, Stichwort Gerechtigkeit, wie wir mit diesem Teil der deutschen Vergangenheit auch in Zukunft umgehen. In der nächsten Woche will die Große Koalition einen Gesetzentwurf nochmal debattieren, der die Frage regeln soll, ob und ab wann frühere Funktionäre und Mitarbeiter der Stasiunterdrückungsmaschine so gut wie sicher sein können, dass genau dies nicht mehr ans Licht kommt.

Von Markus Spieker

Dass er einmal freiwillig diese Zelle betreten würde, für Matthias Melster früher undenkbar: fünf Monate Isolationshaft dafür, dass er die DDR verlassen wollte. Jetzt führt er regelmäßig Besuchergruppen durch das ehemalige Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen. Die Stasi-Aufarbeitung - bald nur noch ein Fall für das Museum, befürchtet Melster. Er warnt vor einem Schlussstrich unter die Überprüfungen im öffentlichen Dienst.

Matthias Melster: "Die Forderungen nach einem Schlussstrich ist für die Täter eine Bestätigung. Jetzt können sie wieder in die Offensive gehen. Jetzt ist so langsam wieder der Zeitpunkt erreicht, wo sie tun und lassen können, was sie wollen."

Seit 15 Jahre laufen in der Birthler-Behörde Prüfanträge ein. Allein 1,6 Millionen aus dem öffentlichen Dienst. Zuletzt ist die Zahl der Anträge gestiegen, denn wer nicht bis zum 31. Dezember als Ex-Mielke Mitarbeiter enttarnt ist, könnte unbehelligt bleiben. Der Gesetzentwurf der Koalition sieht vor: "[..] nur unter bestimmten Voraussetzungen für Personengruppen mit herausgehobener politsicher Bedeutung wird die Überprüfung auf eine Mitgliedschaft beim Staatssicherheitsdienst auch weiterhin ermöglicht […]".
Stasi-Check nur noch für Regierungsmitglieder, Behördenchefs oder Abgeordnete. Und auch nur, wenn bereits ein Verdacht vorliegt. Denn es gibt kaum noch neue Fälle, so Koalition und Birthlerbehörde, die auch betonen:

Marianne Birthler, Stasi-Unterlagen-Beauftragte: "…dass in einem Rechtsstaat der Einzelne davor geschützt wird, dass ihm Verfehlungen bis zu seinem Lebensende vorgeworfen werden."

Wolfgang Thierse, SPD, stv. Bundestagspräsident: "Es gibt keinen vernünftigen Grund, dies noch weiter fortzusetzen. Und das Prinzip gelten zu lassen, qua gewissermaßen auf Verdacht, qua ostdeutscher Herkunft."

Eine Verjährung nach 15 Jahren ist rechtlich nicht zwingend. Das Justizministerium stellt in einem internen Gutachten klar: "[…] dass dem Gesetzgeber bei der Regelung der Frage, wie lange und unter welchen Voraussetzungen eine Überprüfung auf eine Stasiverstrickung hin zulässig sein soll, ein breiterer Spielraum zustehen dürfte […]". Dieser Spielraum wird verschenkt, kritisieren prominente Stasiopfer.

Erich Loest, Schriftsteller: "Man sollte noch weiter überprüfen, wie bisher. Es ist auf jeden Fall viel zu früh einzugrenzen, geringer zu machen, einen kleinen, halben Schlussstrich zu versuchen."

27 neue Stasifälle sind in den letzten zwei Jahren in Thüringen aufgeflogen. Der Ministerpräsident plädiert für eine Verlängerung der Prüfmöglichkeit, unbefristet und unbegrenzt.

Dieter Althaus, CDU, Ministerpräsident Thüringen: "Damit klar wird, es gibt Täter, und diese Täter müssen politisch sowie moralisch in der Diskussion im

Video

Ende der Stasiaufarbeitung? Der Streit um das Unterlagengesetz
-Bericht aus Berlin, 19.11.2006 [mehr]

Blick bleiben, aber auch in der Aufarbeitung durch das Stasiunterlagengesetz."

Die Spitzeleien und Schikanen - wie lange will man sie ahnden? Der Bundesrat hat der Thüringer Initiative zugestimmt. Die Koalition will ihren Entwurf am Dienstag neu verhandeln. Der zuständige Staatsminister mit einem Kompromissvorschlag:

Bernd Neumann, CDU, Staatsminister Bundeskanzleramt: "Ich werde für eine Verlängerung der Fristen begrenzt, um noch die Chance zu haben, den Restteil der Akten durchzuarbeiten."

Also bis etwa 2011. Auch der Bundespräsident hat auch in der vergangenen Woche mit dem Thema befasst, Besuch im Stasi-Knast und eine Unterredung mit ehemaligen Inhaftierten. Auch mit Matthias Melster. Köhler anschließend:

Horst Köhler, Bundespräsident: "Die Opfer haben es verdient, dass ihnen zugehört wird. Bei all dem, was in der Diskussion ist, sei es Novellierung von Gesetzen, oder wie man mit Stasivergangenheiten umgeht."

Blumen für die Opfer, symbolisches Gedenken - allemal unkomplizierter als Gesetze.

Kontakt zum Autor: internet@ard-hauptstadtstudio.de

Ende der Stasiaufarbeitung?

Stand: 19.11.2006 21:41 Uhr

tagesschau.de ist für den Inhalt externer Links nicht verantwortlich.